

Sächsisches Volksblatt

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Verkauft täglich nachm. mit Kuchenthe der Sonn- und Festtage.
Abgabe A.: Mit der Zeit in Wort und Bild. Vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Post 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Abgabe B.: Ohne illustrierte Beilage Viertelj. 1,80 M. In Dresden d. Post 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 P. — Zeitungspreis: Nr. 0858.

Inserate werden die halbe Seite bezogen über deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 P die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Abzüge.
Anzeigenred., Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1308
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Redaktion - Fernsprecher: 11 - 12 Uhr.

Beste Bezugsquelle!
Vorzügliche PIANINOS
neu und gebrauchte, alle Holz- und Stilarten sowie nach Zeichnung
HARMONIUMS von 60 Mark an
Reisige Auswahl, günstige Zahlweise, hoher Kassensatz!
STOLZENBERG: DRESDEN
Johann-Georgen-Allee 13



Für Erstkommunikanten:
Broschen, Kolliers, Ringe, Ketten
Lorenz
— die schönsten Neuheiten. —
Reelle Bedienung! Billige Preise!
Dresden-A., Schössergasse 4, neben Herzfeld. ☒ Am Altmarkt.



Der Zeremonienmeister im Vatikan.

Dresden, den 9. April 1910.

Gleich einem König der Vereinigten Staaten zieht der ehemalige Präsident Theodor Roosevelt im Triumphzuge daher. Drei Erdteile bringen ihm ihre Tribute dar. Wohin er kommt, erweckt er Sensation, etwas reklamefüchtig blüht uns dieses Schauspiel. Mit den Regierhäuptlingen trinkt er Blutsbrüderchaft, Löwen, Skrofolide und anderes wildes Getier bringt er zur Strecke und läßt den Triumph seiner Büchse per Draht über das Meer tragen. Neben dem tüchtigen Jäger spielt er den hohen Politiker. Er spricht über die Verhältnisse in Ägypten mit größter Sicherheit, trotzdem wir überzeugt sind, daß die schlaue Kombination an Stelle des gründlichen Wissens getreten ist; so müssen die Nationalisten in einem Vortrage mit Verdruss hören, daß sie politisch unreif seien. Aber er darf sich schon etwas herausnehmen, er, der in Berlin in den Gemächern des Kaiserpalastes wohnt. Theodor, so nennen sie Roosevelt im Lande der Panzer, sah dann das römische Kapitol und gedachte seinen Siegeszug weiter von der Kaiserstadt an der Donau und Paris nach der deutschen Metropole fortzusetzen.

Überall finden wir einen geradezu lächerlichen Kult, der mit dem depossidierten Präsidenten getrieben wird. Nur ein bitterer Tropfen fällt in diesen Freudenbecher: der Vatikan hat sich nicht dem Diktat des Gastes gebeugt, er allein hätte so viel Selbstbewußtsein, sich seiner Würde zu erinnern und in höflicher, aber doch in deutscher Form zu sagen, daß Herr Roosevelt nur dann beim Papste willkommen ist, wenn er die Audienz, mag er sie nun aus welchem Grunde immer begehren, mit seinem übrigen Verhalten in Rom nicht in Widerspruch setzt. Die liberale Presse ist erbittert darüber; sie glaubt, der Papst habe den Anstand verletzt, weil er die Audienz Roosevelts höflich an eine Voraussetzung knüpfte. Da berührt es angenehm, daß wenigstens ein protestantisches Blatt noch solchen Kopf behalten hat; es sind die „Hamb. Nachr.“, welche schreiben:

„Der Vatikan muß sich allerhand höhnische Bemerkungen und gute Lehren darüber gefallen lassen, was er einem Manne wie Herrn Theodor Roosevelt schuldig gewesen sei. Nun, wir gehören wahrhaftig nicht zu den Anwälten des römischen Papstes und der vatikanischen Ansprüche, müssen aber doch sagen, daß der Kurie hier von den amerikanischen gerichteten Deutschen Zeitungen unrecht getan wird. Wir finden die Bedingungen, die der Vatikan für die Gewährung für die von Herrn Roosevelt gewünschte Audienz beim Papste gestellt hat, völlig berechtigt. Zwar nicht an sich, wohl aber mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die der heilige Stuhl nicht lange vorher mit dem Herrn Fairbanks, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, gemacht hatte. Dieser ließ sich bekanntlich vom Papste empfangen, ging aber dann hin und predigte bei den Methodisten in Rom. Wer deren Tätigkeit in der ewigen Stadt kennt, weiß, mit welcher maßlosen Roheit sie gegen die katholische Kirche kämpfen und den Papst in seinen Gefühlen verletzen. Die Methodisten haben Rom zum Lummelplatz einer wahrhaft fanatischen Agitation gemacht. Speziell die Methodistenkirche, wo Fairbanks seinen Vortrag hielt, aber ist dem Vatikan als Brutherd antipäpstlicher Propaganda und des Proselytismus seit langem verhasst. Unter diesen Umständen kann man es dem Heiligen Stuhle doch nicht verdenken, wenn er es für richtig hielt, einem ähnlichen Erlebnis im Falle Roosevelt vorzubeugen, und daher vor Gewährung der Audienz bei Herrn Roosevelt die Sicherheit zu verlangen, daß sich ein so ärgerlicher, ja skandalöser Zwischenfall, wie mit Fairbanks, nicht wiederhole. Daß Roosevelt durch dieses Verlangen sich beleidigt und in seiner persönlichen Entscheidungsfreiheit hätte beengt fühlen können, ist nicht zuzugeben. Deshalb sollte der Vatikan nicht berechtigt gewesen sein, von dem Expräsidenten der Vereinigten Staaten in Sachen der Methodisten etwas Hehnliches vorauszusetzen, oder wenigstens für möglich zu halten, wie es sich bei dem Exvizepräsidenten der nämlichen Vereinigten Staaten zugetragen hat?“

Auch die „Leipz. N. Nachr.“ haben sich so viel ruhiger Ueberlegung bewahrt, um zu schreiben:

„Die Bedingung war an sich verständlich. Sie wurde auch, wie man jetzt erfährt, in den urbansten Formen gestellt. Der Papst sprach nur die Hoffnung aus, daß „kein ähnlicher Zwischenfall, wie bei dem Vorgänger Roosevelt, bei Herrn Fairbanks, den Empfang vereiteln wird“. Man wünschte von ihm, daß er nicht gleich dem

ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, ehe er den Vatikan betritt, in der Methodistenkirche reden und diese erregierten Proselytenmacher zu neuen Taten ermuntern möge. Man beugte vor, weil die ägyptischen Abenteuer, deren Schluß in den sanften Afforden einer studentischen Skagenmusik auslang, nicht die Sicherheit vor neuen Entgleisungen boten.“

Ein Grund macht uns den Zwischenfall im Vatikan besonders sympathisch; wir deuteten ihn oben bereits an. Rom hat den „Theodor“ nicht mitgemacht und sich der Mode nicht gebeugt. Kein Staat und kein Monarch hatte den Mut dazu. König Viktor Emanuel besuchte Roosevelt sogar in seinem Absteigequartier, um gleichsam um Entschuldigung zu bitten. Der Vatikan allein hatte den Mut, dem Stolge mit Festigkeit entgegenzutreten.

Bei Roosevelt ist niemand vor weinlicher Entgleisung sicher. In Rom sagte er, daß der italienische König der beste Präsident für die Union sein würde, das heißt, und er, Roosevelt, der beste König für Italien. Wer weiß, ob er nicht auch in Wien sein politisches Licht leuchten läßt und über die nationalen Verhältnisse oder über Zis- und Transilvanien weise Ratsschläge geben wird. Vielleicht erlebt es auch Berlin, daß des Kaisers Gast über die deutsche und englische Flotte Vergleiche zieht oder andere Weisheit ausframt. Der Vatikan beugte solchen weinlichen Entgleisungen vorsichtig vor, denn der einmal Gebrannte scheut das Feuer.

Herr Roosevelt hat eigentlich gar keinen Grund, so stolz zu sein; seine Worte sind groß, seine Taten als Präsident waren klein. Wie ein kluger Geschäftsmann übergab er die Leitung der Firma an einen Nachfolger, weil er den Zusammenbruch seines Systems vor Augen sieht. Vielleicht will er sich dann als Retter haken lassen.

Die unabhängigen Leute werden es mit Genugtuung begrüßen, daß der Vatikan die Pflicht der historischen Wahrheit erfüllte und der Welt zum Bewußtsein brachte, daß auch ein gefeierter Held Rücksichten wie jeder Sterbliche zu erfüllen hat; denn wir wollen die Sitten der Amerikaner nicht bei uns einführen, daß der Gast das Hauswesen auf den Kopf stellen darf; bei uns gilt, daß der Gast sich der Hausordnung zu fügen hat.

Politische Rundschau.

Dresden, den 9. April 1910.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Freitag die Weiterberatung des Bauetats aufgenommen. Der Ministergehalt wurde ohne wesentliche Debatte genehmigt. In der folgenden Beratung des Ordinarius und Extraordinarius wurden Einzelwünsche vorgetragen. Morgen soll der Bauetat zu Ende geführt werden und der Eisenbahnetat beginnen.

— Es bleibt beim Wahlrechtskompromiß, so kann man heute schon sagen. Am Dienstag wird das preussische Abgeordnetenhaus abstimmen und keine Aenderung mehr vornehmen. So sprechen sich jetzt auch konservative Abgeordnete offen aus, zum Beispiel in der „Schles. Zeitg.“ So wird erzählt, daß die Nationalliberalen eine Befestigung der Drittelung nach den Wahlbezirken gefordert hätten, während sie noch nicht einmal den Konservativen dafür die gewünschte öffentliche und indirekte Wahl zugestanden hätten. Danach wären also die Konservativen der Drittelung in den Gemeinden nicht abgeneigt gewesen, wenn ihnen nur die indirekte und die öffentliche Wahl bewilligt worden wäre. Dann heißt es weiter: „Ich meine, es zeugt von Kurzsichtigkeit in der Politik, wenn man das, was die Konservativen bei dem sogenannten Kompromiß erreicht haben, jetzt herabsetzen möchte. Den Konservativen steht das Ziel, etwas Staatsverhaltendes nach Lage der politischen Möglichkeiten zustande zu bringen, klar vor Augen. Das Zentrum hat dabei positive Mitarbeit zu leisten. Die Nationalliberalen haben wieder einen Exodus vollführt und stehen abseits. Soll am 12. April bei der nochmaligen Abstimmung alles bisher Erreichte durch ein unsicheres Sin- und Heridwanken (nach freikonservativem Muster) etwa wieder in Frage gestellt werden? Oder soll gar dem jungliberalen Flügel der Nationalliberalen zu Liebe die preussische Entwicklung den Anschluß an die bisher historisch begründete Politik sprunghaft verlassen? Diese Fragen beantworten unschwer sich selbst. Und ein so ernst denkender, gewissenhafter Staatsmann, wie Herr von Bethmann-Sollweg, wird diese Frage sich auch klar zu beantworten wissen. Er wird sich fragen, daß wir auf dem Boden des durch die Mitarbeit der Konservativen und des Zentrums jetzt im Abgeordnetenhaus Beschlossenen die Wahlrechtsvorlage bald und schnell und für Preußen nützlich zustande

gebracht werden kann. Je schneller dies geschieht, desto eher wird doch wieder Ruhe eintreten, und der „ruhige Bürger“ wird schließlich auch des „Auspeitschens“ durch die sozialdemokratischen Agitatoren einmal wieder überdrüssig werden. Das alles möchte ich „vor Torreschluss“ noch einmal hervorgehoben haben. Wir können nur feststellen, daß das Zentrum geschlossen gegen die Wahlrechtsvorlage stimmen würde, wenn die Drittelung in den Wahlbezirken befestigt werden würde; das wäre eine ganz erhebliche Verschlechterung, die dem Liberalismus eingegrüßt werden kann.

— Von einer neuen Reichsfinanzreform wollen liberale Blätter etwas gehört haben; aber sie hörten läuten, ohne zu wissen, wo die Glocken hängen. Eine neue Reichsfinanzreform steht uns nicht bevor. Wenn die einzelstaatlichen Finanzminister in Berlin weilten, so geschah es, um feste Grundsätze über die Höhe der Matrilinearbeiträge unter sich zu vereinbaren und der neuen, aber im Prinzip schon beschlossenen Wertzuwachssteuer zuzustimmen. Neue Steuern sind nicht erforderlich, da trotz allen Geschreis der Liberalen die im Vorjahre genehmigten Steuern sich gut entwickeln und das Reich ohne Fehlbetrag abschließen wird, sogar mit einem etatmäßigen Ueberschuß von 60 Millionen Mark. Zu diesem erfreulichen Resultate haben auch alle Einnahmen beigetragen, da infolge der Reform das Geschäftsleben sich wieder aufwärts bewegen konnte.

— Der Kampf im Baugewerbe. Die Einigungs Konferenz im Baugewerbe fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrates Dr. Wiedefeld vom Reichsamte des Innern im Reichstagsgebäude statt. Die Verhandlungen sind leider ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber erklärten, durch die bisher gefassten Beschlüsse bereits festgelegt zu sein. Sie seien daher nicht in der Lage, der vorgeschlagenen Einsetzung einer unparteiischen Kommission zuzustimmen, oder, wie in zweiter Linie angeregt wurde, sofort in eine erneute Beratung der fünf strittigen Hauptpunkte einzutreten.

— Das Befinden des Fürsten Philipp Eulenburg, des sich zurzeit in Liebenberg aufhält, soll neuerdings „zu Bedenken“ Anlaß geben. Seit einigen Tagen sei zu seinem sonstigen Leiden ein Sidatansatz gekommen, der den Patienten fast jeglicher Bewegungsfreiheit beraube. Hierzu bemerkt sehr richtig die Germania: „Es ist nicht zu erkennen, weshalb diese Persönlichkeit, die man doch wahrhaftig lieber dem Dunkel der Verschwiegenheit überlassen sollte, eben wieder der Öffentlichkeit in Erinnerung gebracht wird. Soll dadurch etwa irgend ein gerichtlicher Schritt hintangehalten werden?“

— In Berlin Versammlungen unter freiem Himmel gestattet. Der Berliner Polizeipräsident hatte das Gesuch des Vorstandes des Demokratischen Verbandes von Berlin, am Sonntag im Humboldtthain eine Massenversammlung abhalten zu dürfen, kurzweg mit der Motivierung abgelehnt, daß eine solche Versammlung eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ bedeute. Am Mittwochabend ließ rüchlich Herr von Jagow jenes Vorstandsmittglied des Demokratischen Verbandes, das ihm das Gesuch unterbreitet hatte, den Kaufmann Ludwig Schemel, zu sich bitten, um nochmals mit ihm über die Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. In dieser Konferenz erklärte Herr von Jagow, daß er keineswegs seinen Brief als ein definitives Verbot aufgefaßt wissen wolle. Wenn tatsächlich der zu erwartende Besuch der Versammlung nicht auf mehr als 25 000 Personen einzuschätzen sei, fielen die in seinem Schreiben geäußerten Bedenken fort. Der Polizeipräsident und Herr Schemel nahmen darauf eine gemeinschaftliche Befestigung des Rasenspielflakes im Humboldtthain vor, und nachdem festgestellt worden war, daß der Platz für 25 000 bis 30 000 Menschen ausreichte, erklärte Herr von Jagow, daß er die Genehmigung gebe, wenn ihm der Vorstand des Demokratischen Verbandes bestätigte, daß er nur mit ungefähr 25 000 Besuchern rechne. Herr Schemel erwiderte, daß sehr wahrscheinlich der Besuch kaum härter sein werde, doch könne er natürlich eine Garantie nicht übernehmen. Die Versammlung wurde daraufhin gestattet. Kaum hatten die Genossen Ernst und Borgmann von dieser Zurücknahme des Verbotes erfahren, als sie schon beschlossen, auch ihrerseits unter Berufung auf den Satz der Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich“ die Genehmigung zu einer Massenkundgebung unter freiem Himmel zu fordern. Beide gingen zunächst zum Oberbürgermeister, um ihn zu ersuchen, den Friedrichshain und den Treptower Park für die geplanten Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister Rirschner erklärte ihnen, daß er die Übergabe der städtischen Parks glaube in Aussicht stellen zu können. Alsdann begaben sich die beiden Genossen zum Polizeipräsidenten. Dieser sagte nun auch zu, falls die Genossen die Garantie für Aufrechterhaltung der Ruhe zusichern könnten; diese taten es, so daß am kommenden Sonntag nun auch im Friedrichshain und Treptower Park Massenversammlungen stattfinden können. Warum hat man anfangs diese unterjagt? Wir haben das Verbot sofort mißbilligt; heute stimmt uns der Polizeipräsident selber zu. Man sollte daher in den Reihen unserer Partei viel vorsichtiger sein, ehe man solchen einzelnen Polizeiaten zustimmt, denn sonst kann man gar bald auf dem Jollierschemel stehen und wird nur ausgelacht.

000 551
000 194
18 136
515 894
474 809
715 706
548 883
905 4 82
290 283
734 876
246 457
588 647
30 208
744 727
481 427
43 (500)
430 141
267 555
307 199
993 412
602 124
368 41
127 863
69421
300 329
006 263
007 211
098 108
007 327
000 (3000)
001 123
2 (1000)
897 29
119 227
000 732
14 703
74 546
899 133
13
081 483
110 242
8 (500)
01 588
035 247
94179
070 964
007 735
008 843
003 206
280 244
009 594
00 259
48 642
76 121
11 189
001 666
000 188
000 200
25 449
42 886
08 911
088 508
00 938
74 824
09 155
03 639
06 107
06 107
00 206
01 275
48 135
48 135
000000
00, 1 zu
00, 15 zu